

# Tabak-Arbeiter

Nr. 35 / Bremen, den 28. August 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.  
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken ohne Vorkosten. — Anzeigenpreis 50 Goldmarken für die viergespaltene Spalte. — Inhalt der Ausgabenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Lehmann.  
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Axel Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. D. Schmalz & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Roland 6044. — Geld- und Einlieferungsstellen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 5340 beim Postamt Hamburg. — Bankkonto: Dankabteilung der Großhandelsbank für den Deutschen Konsumverein m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsverwalter: Karl Deichmann. — Verbandssekretär: L. Schone, Hamburg, Defensivstraße 57, Zimmer 45/46.

## Arbeitslosenfragen

Von Peter Graßmann, M. b. R., 2. Vorf. des ADGB.

Wenn der bürgerliche Durchschnittsleser in seiner Zeitung gelegentlich auf eine Notiz stößt mit der Überschrift „Arbeitslosenfragen“, so wird er im günstigsten Fall einige Minuten dem Problem Arbeitsloseneleid nachsinnen, dann aber sich erinnern, daß es doch Stellen im Reiche gäbe, die verpflichtet sind, sich mit derlei Fragen zu beschäftigen, und mit einer gewissen fatalistischen Ruhe wird er sich den „interessanteren“ Stoffen in seinem Leitblatt widmen. Und doch geht auch diesen Durchschnittsleser die Sache an, und die Entwicklung all der Lösungs- oder doch wenigstens Linderungsversuche der Not der Arbeitslosen wäre rascher vor sich gegangen und hätte wohl auch bessere Ergebnisse erzielt, wenn seine Presse mitgeholfen hätte, die zahlreichen Organe der Verwaltung aus Kompetenz-eifersüchtelei und trägem Amtstrott frühzeitiger aufzuschrecken.

Die Tatsache, daß rund 3,5 bis 4 Millionen registrierter und nichtregistrierter Erwerbsloser und Kurzarbeiter in Deutschland vorhanden sind, daß sie mit ihren Familienangehörigen einen erheblichen Teil der deutschen Bevölkerung ausmachen, in ihrer Lebenshaltung auf das Unentbehrlichste eingeschränkt, in ihrer Kaufkraft auf ein Minimum gesunken, in ihrer Hoffnung auf baldigen Arbeitsverdienst getäuscht, in ihrer moralischen Widerstandskraft erschüttert sind, wirtschaftlich, sozial und politisch einen sehr ernst zu nehmenden Faktor darstellen — diese Tatsache kann gar nicht oft genug wiederholt werden, um das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurütteln und — den Erwägungen Taten folgen zu lassen.

Es ist nicht zuletzt das Verdienst der Gewerkschaften als der berufenen und tausendfach bewährten Vertreter der Arbeiter, daß der Reichstag außer der Einflußnahme auf die Regierung im Sinne einer verbesserten und verlängerten Fürsorge für die Erwerbslosen kurz vor Beendigung seiner Tagung einem Arbeitsbeschaffungsprogramm seine Zustimmung gab, das der Wiederzuführung Erwerbsloser zu Beschäftigung und Verdienst in erster Linie dienen soll. Die bisherige Art der produktiven Erwerbslosenfürsorge hatte doch zu viele Mängel aufzuweisen, um nicht beinahe jede Aenderung des Systems erwünscht erscheinen zu lassen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm soll bekanntlich zunächst der verstärkten Durchführung bereits begonnener Kanalbauten dienen, und ist für dieses Kapitel mit einem Mehrbetrag von 13,5 Millionen Mark über das im Haushalt vorgesehene ausgestattet. Es ist nur leider zu bemerken, daß Kanalbauten erfahrungsgemäß relativ wenige menschliche Arbeitskräfte aufnehmen, daß kaum irgendwo die maschinelle Erdbewegung so durchgeführt ist wie hier, und daß endlich die der Jahreszeit nach verspätete Inangriffnahme eine spürbare Senkung der Arbeitslosenziffern nicht herbeiführen wird. Besser dürfte es erst im nächsten Jahre werden.

Wertvoller sind die Verhandlungsergebnisse wegen der Reichsbahnaufträge. Es ist nur wenige Monate her, seit die Reichsbahnverwaltung zu verstehen gab, für sie läge Veranlassung zur Auftragserteilung kaum vor, da sie nicht nur Tausende von Lokomotiven und viele Zehntausende von Güterwagen z. T. neuester Erstellung nutzlos herumstehen lassen müsse infolge Minderbeschäftigung der Industrie, sondern auch mit allem Halbzeug auf Jahre hinaus versehen sei. Sie sei zudem nicht gewillt (im Hinblick auf ihre Verpflichtung aus dem Dawesplan), Anleihen aufzunehmen, wollte vielmehr dringliche Aufgaben (Gleisumbau, Brückenumbauten, Signaleinrichtungen usw.) lediglich aus Ersparnissen bzw. Uberschüssen finanzieren. Wenn es jetzt doch gelungen ist, die Reichsbahnverwaltung zur Aufnahme eines 100-Millionen-Kredites (vom Reich) und zur Vergabe weiterer 20 Millionen aus eigenen Mitteln

zu bewegen, so nur im Hinblick auf die katastrophale Wirkung eines Fortbestehens oder gar Anschwellens der Erwerbslosenziffern. Das Auftragsprogramm der Reichsbahn sieht neben dem bereits erwähnten Gleisumbau (30 Millionen) vor: Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn (40 Millionen), je zur Hälfte Reichskredit und eigene Aufwendung der Reichsbahn, 15 Millionen zur Fortführung und Erweiterung des geplanten Programms der großen Bauten (Brückenumbau, Erweiterung von Bahnhöfen, neue Werkstätten, Elektrifizierung, Wohnbauten) und 35 Millionen zur Beschaffung von Werkstoffen und Ersatzteilen aller Art zur Verbesserung des Fahrzeugparks. Die unter der Arbeitslosigkeit besonders leidenden Bezirke sollen mit Aufträgen besonders bedacht werden. Weitere 10 Millionen (bereits im Haushaltsplan bereitgestellt) dienen der Fertigstellung begonnener und zeitweilig eingestellter Bahnbauten.

Außerdem ist beabsichtigt, den vermehrten Bau von Landarbeiterwohnungen durchzuführen. Das Reich stellt hierzu 30 Millionen zur Verfügung und hofft, mit diesen und einem entsprechenden Anteil der Länder den Bau von 25 000 Landarbeiterwohnungen durchzuführen, von denen in diesem Haushaltsjahr noch 10 000 erstellt werden sollen.

Wie jetzt bekannt wird, hat die preussische Regierung beschlossen, zur Belebung der Bautätigkeit einen Kredit von 60 Millionen Mark aufzunehmen. Der Betrag soll zur Vergabe sog. Hauszinssteuerhypotheken für die Schaffung neuer Wohnungen verwendet und die Bewilligung der Mittel im einzelnen über die Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgen. Man hofft nunmehr, das diesjährige Bauprogramm in Preußen um wenigstens 12 000 Wohnungen vergrößern zu können.

Gegenüber Bedenken, daß diese Summen fast ausschließlich auf dem Anleihewege beschafft werden, Verzinsung und Amortisierung also die kommenden Geschlechter belasten, sei der Hinweis erlaubt, daß einmal die jetzige Generation auf dem Wege der gebräuchlichen Beschaffung öffentlicher Mittel (direkte und indirekte Besteuerung), mindestens soweit die breiten Massen in Betracht kommen, am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Dann aber handelt es sich hier zum größten Teil um verbende Anlagen, deren Ertrag in voller Höhe gerade den künftigen Geschlechtern zugute kommt. Es ist daher nur billig, auf diese auch den Hauptteil der Lasten abzubürden.

Nach eingehender Schätzung dürften die genannten Projekte für etwa 270 000 Arbeiter auf die Dauer von zirka acht Monaten Arbeitsgelegenheit sicherstellen. Gehen die Aufträge sofort hinaus, so würde sich eine fühlbare Verminderung der Erwerbslosen bald bemerkbar machen. Aber daran hat es bisher am stärksten gefehlt. Ist es schon nicht leicht, die verschiedenen Reichsbehörden auf eine Linie zu bringen, Kompetenzkonflikte zwischen den einzelnen Reichsministerien und deren Einzelressorts auszuräumen, so wachsen die Schwierigkeiten, wenn auch noch die Länder in Frage kommen. Der Dualismus — Reich und Länder — erweist sich auch hier als zeitraubend, störend und schädigend. Es genügt nicht, daß das Reich Mittel beschafft und an die Länder verteilt; notwendig ist, daß die unteren Verwaltungsglieder diese finanziell sichergestellten Arbeiten schleunigst in Angriff nehmen. Wären nicht bürokratische Reibungen vorhanden, so hätte unmöglich in der Zeit von Mai bis Juli die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen von 170 105 auf 143 685 sinken können. Mit Recht haben die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in den Verhandlungen mit Vertretern der Ministerien in den letzten Tagen auf diese Uebelstände hingewiesen und beschleunigte Durchführung aller versprochenen Maßnahmen nachdrücklich gefordert. Darum aber auch der Notruf eingangs dieser Zeilen an die deutsche Öffentlichkeit: Um deine

Sache handelt es sich; Arbeitslose sind Glieder deines Volkes; dulde nicht, daß Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für Zehntausende aus Bequemlichkeit, Unverständnis, Ressorteierversüchtelei verschleppt werden zum Schaden aller!

Ueber die Behandlung der ausgesteuerten Erwerbslosen bestehen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und der Reichsregierung bzw. dem Arbeitsminister Differenzen. Die Gewerkschaften fordern eine Verlängerung der Unterstützungsperiode über 52 Wochen hinaus, während der Arbeitsminister erklärt, eine solche Verlängerung könne nur der Reichstag beschließen. Er, der Minister, hat bisher lediglich die Geltungsdauer einer Verordnung verlängert, wonach in Fällen besonderer Härte den unteren Verwaltungsorganen die Befugnis zusteht, Erwerbslose bis 52 Wochen zu unterstützen, und wird nunmehr verfügen, langfristige Erwerbslose (über 52 Wochen Unterstützungsdauer) der allgemeinen Wohlfahrtspflege zu überweisen — eine Regelung, mit der sich die Gewerkschaften nicht einverstanden erklären können.

Hiermit wäre der augenblickliche Zustand — innenpolitisch gesehen — roh umrissen. Bedeutet auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, raschestens und energisch durchgeführt, für etliche Hunderttausende Arbeitsgelegenheit und Brot, so doch nur für einen Bruchteil der Erwerbslosen insgesamt, und auch nur für eine Reihe von Monaten. So sehr also auch diese Maßnahmen zu begrüßen sind, sie reichen nicht aus, müssen vielmehr ergänzt werden durch solche, die unsern Export vergrößern. Neben der Schaffung einer besonderen Auslandskreditsicherung, deren Inanspruchnahme leider zu wünschen übrig läßt, kommen die auf Grund der Russenkredite mit Rußland getätigten Aufträge in Frage. Die Sowjetregierung hat bisher für rund 42 Millionen Mark Bestellungen gemacht, von denen in nächster Zeit 10 Millionen in Auftrag gegeben werden. Das Russengeschäft kam bisher deshalb nicht recht in Schwung, weil die Russen Kreditgewährung bis zu vier Jahren beanspruchten, unserer Exportindustrie also ein Risiko auferlegten, das durch die vom Reich gewährte teilweise Kreditsicherung abgeschwächt wird. Bei der Knappheit Rußlands an Varmitteln ist eine wesentliche Steigerung des deutschen Exports nach Rußland in Bälde kaum zu erwarten, so wünschenswert sie wäre.

Deutschland darf nicht in hoffnungslosem Fatalismus die Hände in den Schoß legen, schon heute liegen Versuche einzelner Industrien vor, die Absatzgebiete usw. auf dem Weltmarkt abzugrenzen. Ferner ist ein planmäßiges Zusammenwirken von Exporteuren und Importeuren mit Einschluß der deutschen und ausländischen Regierungen nötig. Die Wirtschaft hat heute aufgehört, eine private Angelegenheit zu sein. Auch die Industrie wird ihre Privatinteressen dem allgemeinen Besten unterordnen müssen — die Arbeitslosen mahnen!

## Mitgliedsbuch und Mitgliedskarte

Fast in jeder Nummer der Verbandszeitung muß die Signatur von Mitgliedsbüchern und Mitgliedskarten bekanntgegeben werden, die als verloren gemeldet sind. Der Ordnungsliebe der Verlierer wird damit kein besonders günstiges Zeugnis ausgestellt, vielmehr beweist die verhältnismäßig große Zahl verlorengegangener Bücher und Karten, daß viele Mitglieder bei der Aufbewahrung ihrer Verbands- und Beitragslegitimation nicht die nötige Sorgfalt walten lassen. Auf alle Fälle verpflichtet uns die im „Tabak-Arbeiter“ ständig wiederkehrende Rubrik unter der Ueberschrift „Als verloren gemeldet“, an alle Kolleginnen und Kollegen die dringende Mahnung zu richten, mehr als bisher auf ihr Mitgliedsbuch oder ihre Mitgliedskarte zu achten.

Auch an die Bevollmächtigten müssen wir in diesem Zusammenhang einige Worte richten. Ihre Aufgabe ist es, in jedem Falle dafür zu sorgen, daß mit den verlorengegangenen Büchern und Karten kein Mißbrauch getrieben wird. Dazu gehört in erster Linie, daß sie die Bekanntmachungen im „Tabak-Arbeiter“ unter der Ueberschrift „Als verloren gemeldet“ besonders aufbewahren und jedesmal durchsehen, wenn ihnen Bücher und Karten vorgelegt werden, deren Inhaber ihnen nicht persönlich bekannt sind. Stellt sich bei der Prüfung heraus, daß es sich um verlorengegangene Bücher oder Karten handelt, dann sind die wiedergefundenen Bücher und Karten einzuziehen und dem Verbandsvorstand in Bremen zuzusenden. Daß dabei auch etwas über die Person des „Finders“ mitgeteilt werden muß, versteht sich von selbst. Im übrigen müssen die Bevollmächtigten den anderen Mitgliedern in der Ordnungsliebe mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie darauf sehen, daß die geklebten Beitragsmarken jede Woche abgestempelt

werden und über die Beitragsleistung eines jeden Mitgliedes genau Buch geführt wird.

Bei dieser Gelegenheit sei gleich darauf hingewiesen, daß kein Bevollmächtigter berechtigt ist, für verlorengegangene Mitgliedsbücher oder -karten Ersatzbücher oder -karten auszustellen. Auch darf eine Bescheinigung, daß die Verliererin oder der Verlierer Verbandsmitglied sei, unter keinen Umständen unterschrieben werden. Gibt jemand an, sein Buch oder seine Karte sei ihm verlorengegangen oder sonst abhanden gekommen, so ist dem Verbandsvorstand sofort Mitteilung zu machen über Namen, Geburtsort, Geburtstag und Eintrittsdatum des Verlierers, Serie und Nummer des Mitgliedsbuches, Beitragsleistung (in welchen Beitragsklassen und bis zu welchem Zeitpunkt im laufenden und verflossenen Mitgliedsjahr Beiträge geleistet worden sind, ob Erwerbslosenmarken geklebt waren usw.) und Unterstützungsbezug (Art und Höhe der im laufenden und verflossenen Mitgliedsjahr bezogenen Unterstützung). Der Verbandsvorstand — und nur der Verbandsvorstand — stellt dann ein Ersatzbuch oder eine Ersatzkarte aus. Dafür hat das in Betracht kommende Mitglied neben den verursachten Porto-kosten eine Gebühr in Höhe von 50  $\text{₰}$  zu entrichten. Diese Gebühr ist auch zu entrichten, wenn das Mitgliedsbuch unbrauchbar geworden ist, weil alle Rubriken zur Eintragung von Unterstützungen oder An- und Abmeldungen vollgeschrieben sind und dafür ein Ersatzbuch ausgestellt werden muß.

Neueintretende Kolleginnen und Kollegen erhalten zunächst eine Mitgliedskarte. Erst wenn diese mit 52 Beitragsmarken beklebt ist, bekommen sie dafür ein Mitgliedsbuch. Das gleiche gilt für wiederholt eintretende Mitglieder. Ältere Bücher oder Karten dieser Mitglieder dürfen bei der neuen Mitgliedschaft keinerlei Verwendung finden; ebenso ist eine Umrechnung früher geleisteter Beiträge unzulässig. Das Eintrittsgeld beträgt 50  $\text{₰}$ ; wiederholt eintretende Mitglieder müssen 1  $\text{₰}$  zahlen, wovon 50  $\text{₰}$  an die Lokalkasse gehen. Von der Zahlung des Eintrittsgeldes befreit sind Mitglieder, die aus Jugendorganisationen, aus anderen deutschen Gewerkschaften und aus Tabakarbeiter-Organisationen, die dem Internationalen Tabakarbeiter-Sekretariat angeschlossen sind, übertreten.

Uebergetretenen Mitgliedern aus Jugendorganisationen und anderen deutschen Gewerkschaften werden die bis dahin in ununterbrochener Mitgliedschaft gezahlten Beiträge angerechnet, während den aus ausländischen Tabakarbeiter-Organisationen übergetretenen Mitgliedern die bis dahin zurückgelegte ununterbrochene Mitgliedschaft angerechnet wird. Bei allen Eintragungen und Uebertragungen in und aus Mitgliedsbüchern und -karten muß mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit verfahren werden. Dasselbe gilt für die Ausfüllung der Mitglieder-kartothek. Alle Angaben, die irgendwo Aufschluß über die Mitgliedsdauer, die Beitragsleistung, den Unterstützungsbezug usw. geben, müssen mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen. Nur so wird es möglich sein, die Mitglieder und den Verband vor Irrtümern zum Schaden des einen oder anderen zu bewahren. Zum Schluß sei nur noch bemerkt, daß die Mitgliedsbücher und -karten Eigentum des Verbandes sind und bleiben.

## Tabakarbeiterbewegung

### Sitzung des Internationalen Exekutiv-Komitees

Das auf dem 11. Internationalen Tabakarbeiterkongreß im August vorigen Jahres gegründete Internationale Exekutiv-Komitee des Internationalen Tabakarbeiter-Bundes, dessen Vorsitzender unser Kollege Deichmann ist, tritt am 24. August in Brüssel zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen verschiedene wichtige Punkte, deren Erledigung dem Komitee zum Teil vom 11. Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß überwiesen worden ist. Ueber die Verhandlungen und ihr Ergebnis werden wir berichten.

## Tabakgewerbliches

### Tabaksteuererinnahmen im Juli

Im Monat Juli dieses Jahres sind aus der Tabaksteuer insgesamt 49 898 429,85 Reichsmark vereinnahmt worden. Davon 38 158 803,18 Reichsmark aus der Bänderolensteuer, 6 040 495,37 Reichsmark aus der Materialsteuer einschließlich der Ausgleichsteuer, 19 895,90 Reichsmark aus der Tabak-ersatzstoffabgabe und 5 174 735,40 Reichsmark aus der Nachsteuer. Gegenüber dem Vormonat mit einem Gesamtertrag von 42 418 741,64 Reichsmark sind also die Tabaksteuererinnahmen gestiegen, reichen aber immer noch nicht an den Voranschlag heran, der mit 650 000 000 Reichsmark für das Jahr oder 54 166 666 Reichsmark monatlich eingeseht worden ist.

## Unstimmigkeiten in der Deutschen Tabakbank A.-G.

In der Generalversammlung der Deutschen Tabakbank A.-G. in Berlin, früher in Stuttgart, die kürzlich stattfand, wurde die Bilanzvorlage vertagt. Die Geschäftsführung soll nicht einwandfrei gewesen sein und ein bisheriges Vorstandsmitglied soll strafrechtlich verfolgt werden. Mitgeteilt wurde, daß 242 000 Reichsmark buchmäßigen ungedeckten zweifelhaften Schulden 77 000 Reichsmark buchmäßigen Forderungen gegenüberstehen. Die Verluste betragen schätzungsweise 150 000 bis 160 000 Reichsmark, bei einer Kapitaleinzahlung von 206 000 Reichsmark. Das Nominalkapital beträgt 420 000 Reichsmark. Abgelehnt wurde die Einsetzung von Revisoren, wogegen die Antragsteller Protest zu Protokoll gaben. Auch gegen die Liquidation und gegen die Bestellung eines Liquidators wurde protestiert.

## Lohn- und Tarifbewegungen

### Aus der Zigarrenindustrie

#### Die Löhne der Tabakarbeiter im Bericht der Handelskammer für den Kreis Offenburg

Die Handelskammern sind Körperschaften, deren Aufgabe es ist, die allgemeinen Interessen des Handels und der Industrie wahrzunehmen. Ihre Organe werden von Kapitalisten berufen. Man braucht sich deshalb auch nicht weiter darüber zu wundern, daß sie alle Dinge in einseitiger Weise vom kapitalistischen Standpunkt aus beurteilen und dementsprechend darstellen. Was sich jedoch die Handelskammer für den Kreis Offenburg in Lahr (Baden) auf diesem Gebiete leistet, übertrifft alles, was bisher dagewesen ist. Zur Erläuterung der Geschäftslage im Tabakgewerbe im Jahre 1925 bringt sie u. a. auch einen Bericht zum Abdruck, in dem es über die Löhne in der Zigarrenindustrie heißt:

Die Arbeitslöhne wurden durch Tarifvertrag auf Drängen der Arbeiter mehrmals erhöht. Der Herstellung war es unmöglich, diese Lohnerhöhungen auf die Warenpreise zu schlagen. Besonders die letzte, durch Schlichtungspruch und Verbindlichkeitsklärung der Industrie aufgezwungene Lohnerhöhung im September wirkte sich katastrophal auf die Herstellung der billigen Konsum-Preislagen aus. Damit war weit über das Ziel hinausgeschossen und ein wesentlicher Teil der Fabrikation lahmgelegt.

Da haben wir's. Durch ihr Drängen nach Lohnerhöhung haben die oberbadischen Tabakarbeiter die Lahmlegung eines wesentlichen Teiles der Fabrikation verschuldet. So etwas magt eine Handelskammer zu veröffentlichen, in deren Bezirk die Zigarrenfabrikanten ansässig sind, die in ganz Deutschland die niedrigsten Löhne zahlen und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne den Versuch eines Lohnabbaus zu machen, um dann ihren Kollegen im übrigen Deutschland die Absatzgebiete abjagen zu können. Wir verkennen durchaus nicht, daß die Zigarrenindustrie infolge verschiedener Ursachen, deren Erörterung hier zu weit führen würde, sich in einer schwierigen Lage befindet. Aber wir bestreiten ganz entschieden, daß die 7prozentige Lohnerhöhung im September vorigen Jahres, die für die in Oberbaden hergestellte Durchschnittszigarre meistens noch nicht einmal den zehnten Teil eines Pfennigs ausmacht, zur Lahmlegung eines großen Teils der Fabrikation geführt hätte. Glaubt der Verfasser des Berichts aus der Zigarrenindustrie denn im Ernst, daß der RDZ. — der doch wirklich über jeden Verdacht erhaben ist, in der Lohnfrage großzügig zu sein — einer Regelung zugestimmt haben würde, die so katastrophal wirkt, wie es in dem Bericht geschildert wird? Wären die oberbadischen Zigarrenfabrikanten in der Lage, so wie Henry Ford es verlangt, Gehirn, Gehirn und noch mehr Gehirn in ihre Geschäftsmethode zu stecken, dann würden sie gar bald erkennen, wie verkehrt es ist, in niedrigen Löhnen das Heil der Welt zu erblicken.

„Eine wesentliche Verbesserung der Lage in der Tabakindustrie im allgemeinen und in der Zigarrenindustrie im besonderen versprechen wir uns nur von einer starken Senkung der Tabaksteuer . . .“, heißt es sehr richtig in dem Bericht der Handelskammer in Lahr über das Tabakgewerbe im Jahre 1925. Die Tabakarbeiter bemühen sich deshalb auch schon seit längerer Zeit, eine Ermäßigung der auf der Zigarre ruhenden Tabaksteuerlast zu erreichen, und zwar dergestalt, daß die Erzeugnisse in den billigeren Preislagen ganz besonders entlastet werden. Würden die oberbadischen Zigarrenfabrikanten sich mehr als bisher in der gleichen Richtung bewegen, so dienen sie sich und der gesamten Tabakindustrie weit besser, als wenn sie immer nur auf die nach ihrer Meinung unerträglich hohen Tabakarbeiterlöhne sehen. „Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität

ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt es, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen“, sagt Henry Ford, und man kann sich der Vermutung nicht erwehren, daß er beim Schreiben dieser Zeilen gerade an die oberbadischen Zigarrenfabrikanten gedacht hat.

Zum Schluß noch einige Worte an die Mitglieder unseres Verbandes in der oberbadischen Zigarrenindustrie. In der Zeit vom 13. bis zum 19. September ist die Internationale gewerkschaftliche Werbewoche. Schon jetzt müssen sie überall die nötigen Vorbereitungen treffen, damit alle unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der oberbadischen Tabakindustrie zu dem Erkenntnis kommen, daß die Lohnfrage eine Machtfrage ist. Freiwillig zahlen die oberbadischen Zigarrenfabrikanten keine annehmbaren Löhne, mag ihr Geschäft nun gut oder schlecht gehen. Wäre es anders, dann hätten sie früher geradezu glänzende Löhne zahlen müssen; denn nach dem für die Unternehmer gewiß doch objektiven Bericht der Handelskammer in Lahr hat die oberbadische Zigarrenindustrie in der Vorkriegszeit „in hoher Blüte“ gestanden. Und die Löhne? Es gibt heute noch Leute, die schamrot werden, wenn von den Vorkriegsöhnen in der oberbadischen Zigarrenindustrie die Rede ist. Die Lohnhöhe der oberbadischen Tabakarbeiter wird immer von der Stärke des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes abhängig sein. Diese Erkenntnis muß allen Unorganisierten in der Zeit vom 13. bis zum 19. September beigebracht werden.

### Aus der Zigarettenindustrie Verhandlungen über die Abänderungsanträge zum Hauptvertrag

Vor einiger Zeit teilten wir im „Tabak-Arbeiter“ (Nr. 27 und 30) mit, daß sowohl vom Reichsarbeitgeberverband der Zigarettenindustrie, wie auch von den am Hauptvertrag beteiligten Gewerkschaften Abänderungsanträge eingereicht worden sind, die sich auf die Bestimmungen über Ferien und Sozialleistungen im Hauptvertrag beziehen. Wird über diese Abänderungsanträge bis zum 31. August dieses Jahres keine Verständigung erzielt, so ist der Hauptvertrag mit einmonatiger Frist aufkündbar. Ohne Kündigung läuft er zunächst um ein Jahr weiter. Am 27. August sollen nun in Dresden die Verhandlungen über die Abänderungsanträge beginnen. Nach ihrem Abschluß werden wir darüber berichten.

#### Tagung des Reichsschlichtungsausschusses

Am 8. Juli tagte in Dresden der Reichsschlichtungsausschuß der Zigarettenindustrie, um in Streitfällen, die bei der Firma Constantin in Hannover entstanden waren, eine Entscheidung zu treffen. Zunächst handelte es sich um die Auslegung des § 5 Absatz 1 des Hauptvertrages für die Zigarettenindustrie, welcher besagt, daß alljährlich Ferien unter Fortzahlung des vollen Lohnes gewährt werden. Die Firma deutete die Worte „vollen Lohnes“ nun so, daß darunter nur der gewöhnliche Wochenlohn ohne irgendwelche Zulagen zu verstehen sei, während der Arbeiterrat den Standpunkt vertrat, daß außer dem gewöhnlichen Wochenlohn auch eventuelle Zulagen mit zum vollen Lohn gehören. Nach Anhörung beider Parteien fielte der Schlichtungsausschuß folgende Entscheidung:

**Voller Lohn im Sinne von § 5 Absatz 1 ist das Entgelt, das der Arbeitnehmer erhalten haben würde, wenn er während des Urlaubs gearbeitet hätte.**

Zur Begründung dieser Entscheidung wird ausgeführt: „Wenn in § 5 Absatz 1 gesagt ist, daß der volle Lohn während der Ferien gezahlt werden soll, so folgt aus diesem Wortlaut, daß auch Leistungs- und sonstige Zulagen während der Zeit des Urlaubs mitbezahlt werden müssen.“

Ferner mußte der Reichsschlichtungsausschuß zu der Frage Stellung nehmen, wie Absatz 3 des § 5 auszulegen ist. Nach diesem Absatz wird den Arbeitnehmern, die mindestens 4 Jahre in der Zigarettenindustrie beschäftigt waren, beim Stellenwechsel bei der Bemessung der Ferien die halbe Branchenzugehörigkeit angerechnet. Es war nun zu entscheiden, ob die 4 Jahre vor dem Stellenwechsel zurückgelegt sein müssen, oder ob die Beschäftigungsdauer bei der neuen Firma mit angerechnet werden kann. Die Entscheidung des Reichsschlichtungsausschusses in dieser Frage lautet:

**Die anzurechnende Branchenzugehörigkeit von 4 Jahren gemäß § 5 Absatz 3 muß vor dem Stellenwechsel erfüllt sein.**

In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es: „Der Wortlaut des § 5 Absatz 3 ergibt zweifelsfrei, daß die Beschäftigungsdauer von 4 Jahren vor dem Eintritt in die neue Stelle liegen muß. Es ist daher nicht zulässig, die in der neuen Stelle verbrachte Zeit einzurechnen.“

Die Entscheidung zu zwei anderen Fragen mußte, da noch weitere Erörterungen erforderlich sind, verschoben werden.

## Verbandssteil

Am 28. August ist der 35. Wochenbeitrag fällig  
Statistik über Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Unter-  
stützungsart

Mit der vorigen Nummer der Verbandszeitung ist jeder  
Zahlstelle, die keine Fragebogen erhalten hat, eine Statistik-  
karte zugegangen. Statistikkarten und Fragebogen müssen  
vollständig und richtig ausgefüllt dem Vorstand in  
Bremen spätestens bis zum 7. September zugesandt werden,  
und zwar auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbei-  
tenden Mitglieder in der Zahlstelle sind. Als Zähltag ist der  
28. August zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, denen keine  
Fragebogen zugesandt worden sind und die keine Statistik-  
karte erhalten haben sollten, müssen die erforderlichen Angaben  
auf einer gewöhnlichen Postkarte übermitteln.

Außerdem ist allen Zahlstellen ein Fragebogen zur Fest-  
setzung der Zahl derjenigen Mitglieder zugegangen, die nach  
Artikel III des Tabaksteuergesetzes und nach den Bestimmun-  
gen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge unterstützt  
werden. Auch dieser Fragebogen muß von allen Zahlstellen nach  
dem Stande vom 28. August ausgefüllt und spätestens bis zum  
7. September an den Vorstand in Bremen gesandt werden. Da  
aus diesem Fragebogen gewonnene Material von außer-  
gewöhnlicher Bedeutung bei den angeregten Verhandlungen  
mit dem Finanzministerium sein wird, darf von keiner Zahl-  
stelle der ausgefüllte Fragebogen fehlen.

### Fehlende Statistikkarten und Fragebogen

Nachstehende Zahlstellen haben ihre Statistikkarte bzw. ihren  
Fragebogen für Monat Juli entweder gar nicht oder zu spät eingekandt:

**Sau Hamburg:** Ploen, Bergeborj, Kellinghusen, Neumünster,  
Lülm, Celle, Clausthal, Gandersheim, Gifhorn, Goslar, Münchhof,  
Neuhaus, Osterode, Seesen, Stadoldendorf.

**Sau Nordhansen:** Dingelstädt, Eisleben, Erfurt, Gebesee, Hettstedt,  
Hamzode, Stolberg a. Harz, Oberode, Uslar, Hess.-Lichtenau, Rogbach,  
Notenburg, Unterrieden, Gräfentonna, Großbreitenbach, Rehsten,  
Rudolstadt, Salzungen.

**Sau Herzog:** Bad Essen, Rinteln, Detmold, Ahle, Babbenhäusen,  
Besenfang, Buxtehde, Gohfeld, Hiddenhausen, Hüder-Möhen, Sunnebrock,  
Lemgo, Lenzinghausen, Oberhasen, Oberbed, Derlinghausen, Stift  
Quernheim, Schwennigsdorf, Sonneborn, Wallenbrück, Baarsen, Hagen  
(Wormont), Löwenstein, Wormont.

**Sau Köln:** Dulsburg, Rees, Düsseldorf, Elten, Essen.

**Sau Siegen:** Wiesbaden, Dillenburg, Darmstadt, Biebrich, Hanau,  
König i. Odw., Bad Orb, Pfungstadt, Seligenstadt, Bräden.

**Sau Heidelberg:** Lampertheim, Lorsch, Augsburg, Bruck, Hördt,  
Jungenheim, Offenbach a. Queich, Baden-Baden, Ulm, Bruchsal, Rüp-  
pur, Altkühheim, Cleeborn, Eichelberg, Eppingen, Forst i. Baden,  
Gundelsheim, Hambrüden, Kirchart, Kirrlach, Menzingen, Michel-  
feld, Mosbach, Neulautern, Neulühheim, Odenheim, Philippsburg,  
Kellingen, Kot, Schwab.-Gmünd, Walldorf b. Heidelberg.

**Sau Offenbach:** Friesenheim, Diersburg, Elgersweier, Ettenheim,  
Kenzingen, Reichenbach, Ringsheim, Schmieheim.

**Sau Dresden:** Eisenberg, Stendal, Zeitz, Glauchau, Lunzenau,  
Mittweida, Oederan, Pegau, Eisenberg, Meuselwitz, Raschhausen,  
Ronneburg.

**Sau Breslau:** Kariszin, Oppeln, Ratibor, Strehlen, Wansen,  
Züllichau.

**Sau Berlin:** Stargard, Pasewalk, Calau, Driesen, Lübben, Neu-  
ruppin, Peitz, Prenzlau, Schönlanke, Spremberg.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 2. August. Bünde 50,—.
- 12. Achaffenburg 5,—.
- 13. Heidenheim 200,—. Menzingen 70,—.
- 14. Kirchart 160,—. Forst i. L. 50,—. Jastrow 100,—. Mainz  
50,—. Lampertheim 130,—. Grevesmühlen 80,—. Ulm 100,—. Jngen-  
heim 30,—. Leisnig 200,—. Kostod 100,—. Schutterzell 10,—. Heil-  
bronn 300,—. Dresden 300,—. Offenbach a. M. 50,—.
- 15. Löwenstein 25,—. Gelnhausen 120,—.
- 16. Cammerforst 60,—. Spenge 150,—. Dünne 100,—. Baldorf  
300,—. Sunnebrock 200,—. Calau 16,15. Breslau 800,—. Mühlader  
100,—. Kottbus 50,—.
- 17. Hamburg 2000,—. Leipzig 700,—. Berlin 1500,—. Kellingen  
40,—. Calw 150,—. Hamburg 200,—.
- 18. Dresden 1000,—. Hohenheim 400,—. Baden-Baden 300,—.  
Wilsbecke 400,—. Köln 1000,—. Pfungstadt 125,—.
- 19. Bremen 450,—. Burgdamm 200,—. Finsterwalde 250,—.  
Emmendingen 100,—. Neumarkt 50,—.
- 20. Köln 250,—. Würzburg 150,—. Neukert 30,—. Goh 60,—.  
Bremen, 24. August. J. Krohn.

### Konferenz der Tabalarbeiter des Kreises Minden

Sonntag, 5. September, morgens 11 Uhr, in der Tonhalle zu  
Minden. Tagesordnung: 1. Die Unterstützung erwerbsloser Tabak-  
arbeiter im Kreise Minden. 2. Organisation und Agitation im Kreise  
Minden.

Die Zahlstellenverwaltungen wollen sorgen, daß alle zur Zahlstelle  
gehörenden Ortschaften und Betriebe vertreten sind. Die Gauleitung

Als verloren gemeldet:

Mitgliedsbuch S. II 58 234 Emma Richter, geb. 28. Februar  
1891 in Wilkendorf bei Straußberg, eingetreten am 8. März 1913.

## Gestorben sind:

Am 20. Juli die Paderin Bertha Sauermann,  
19 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).

Am 27. Juli die Kollegin Elsa Büttner, 21 Jahre alt  
(Zahlstelle Dresden).

Am 27. Juli die Kollegin Marta Hobbach, 39 Jahre  
alt (Zahlstelle Treffurt).

Am 1. August die Zigarettenpaderin Marie Gold-  
mann, 45 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 17. August die Kollegin Susanna Biallas,  
57 Jahre alt (Zahlstelle Peisterwitz).

Am 17. August der Zigarrenarbeiter Franz Wend,  
38 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Ehre ihrem Andenken!

## ROHTABAK

Preise verzollt per ½ kg

	M
Sumatra	
339 3. Lg. Vollblatt feinstes hellgraues Sandblatt	10.50
277 feinstes Deli V 3 reine Farben	5.50
279 2. Lg., Vollbl., riesig deckfähig, reinfarbig	5.50
315 2. Lg., Stück, sehr hell und deckfähig	5.50
318 3. Lg., Vollblatt, prima Brand und Qualität	3.50
312 XVI } Diese Decken sind außerordentlich	3.40
313 XV2 } preiswert und sehr zu empfehlen	3.—
314 XV3 } gutbrennend und schmeckend und blattig	2.30
223 2. Lg., Vollbl., prima vorzügl. Verkehrtröller	2.55
261 1. Lg., Stück, hell, prima Sortiertabak	2.75
225 Umblatt mit viel Decke, 3. Lg., Vollblatt	1.80
298 4. Lg., Umblatt feinstes Gewächs	1.70
Vorstienlanden	
477 Sandblatt-Decke, 1. Lg., sehr zart und deckfähig la Qual.	3.40
406 2. Lg., prima Qualitäts-Umblatt	1.55
514 Aufarbeiter	1.35
526 2. Lg., Umblatt und Decke	1.85
519 Einlage und Umblatt, 4. Lg., sehr blattig	1.30
523 wundervolle P Sortierung, federleicht	1.35
Java	
500 Umblatt, 3. Lg., feinstes Bezoeki-Gewächs	1.60
534 Spada-Umblatt, 4. Länge, feine Qualität	1.50
520 sehr blattige Bezoeki-Einlage	1.25
434 sehr feinstes Kedoc-Gewächs zum Schneiden	1.20
524 gute Einlage zum Mischen	1.05
531 kerngesunde Einlage	1.10
542 gesunde, flottbrennende Einlage zum Schneiden	0.85
543 Qualitäts-Einlage zum Strippen	0.98
Brasil	
144 feinste Mattias gestreckte Blätter mit Aufleger	1.65
130 lose Blätter prima Qualität zum Schneiden	1.35
Seedleaf	
60 knochentrocken, blattig, kerngesund	0.95
Loguit	
sehr blattige vorzügliche Mischung	1.10

Versand unter Nachnahme gegen Berechnung der Portospesen.  
Verpackung frei. Ab 50 Pfund franko Lieferung nach jeder Bahn-  
station. Lieferung nur an angemeldete Verarbeiter, Betriebs-  
nummer aufgeben.

**Knoll & Co., Bremen**

Postscheck Hannover Nr. 49 548.

## Pietzsch & Berndt

Rohtabakhandlung :: Dresden-A, Ostra-Allee 25

Empfehlen sämtliche Gattungen Rohtabake  
zur Zigarrenfabrikation

Fordern Sie Preisliste ein!

## Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,—  
weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, daunenweiße  
G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, wasser un-  
geschlossene Ruffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M.  
10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster  
frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sackel, Lohes 245 b. Pilsen-Böhmen.

## Kopf hoch und den Blick nach vorwärts!

Freilich, vor 33 Jahren habe ich mir die Entwicklung ein wenig rascher vorgestellt, als sie tatsächlich verlaufen ist. Aber wer ist imstande, alle die vielen Phrasen, die eine große, auf die Umgestaltung der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bewegung zu durchlaufen hat, im voraus zu übersehen? Man muß zufrieden sein, daß es ununterbrochen vorwärts ging, und daß man überzeugt sein darf, der Fortschritt werde ein um so rascherer, wie die Bedingungen für das Wachstum der Bewegung und die Ausbreitung der ihr zugrunde liegenden Ideen immer günstiger werden.

So urteilte unser verstorbene Genosse Bebel über den Verlauf, den eine so große Bewegung, wie die der Arbeiterklasse, zu durchmessen hat. Gerade heute erscheint es notwendig, derartige Worte in Erinnerung zu rufen. Leben wir doch in einer Zeit, die lähmend wirkt, die für viele einen sichtbaren Fortschritt in irgendeiner Beziehung nicht erkennen läßt. Und weil dieser Umstand wie ein bleierner Druck auf den Gehirnen liegt, weil Mutlosigkeit und Zaghastigkeit in dieser Atmosphäre am besten gedeihen, möchten wir allen Hand- und Kopfarbeitern zurufen: Nein, was ihr Stillstand nennt ist nur Schein. Die Welt hebt gerade jetzt mit mächtigen Schwingen an, einen unermesslichen Zeitraum zu durchheilen. Gerade jetzt durchleben wir eine technische Revolution von gigantischem Ausmaß. Diese wird das Verhältnis, in der die große Masse lebt, ganz gewaltig verändern, und weil dies so ist, zwar unsichtbare aber desto gewaltigere Triebkräfte in die Speichen der Weltgeschichte greifen, ist nicht müde Resignation, nicht Verzweiflung, sondern höchste Aktivität am Platze.

Die wirtschaftliche Entwicklung bereitet eine neue Zeit vor. In den Fabriken, Bureaus und Werkstätten geht eine technische Umgestaltung vor sich. Wo ehemals Menschenhände sich fleißig regten, werden Maschinen aufgebaut, Kolosse von Stahl und Eisen treten an die Stelle von Arbeitern. Menschen, gekrönt mit dem Adelsbrief der Freiheit, müssen hungern, müssen mühsig gehen, weil der eiserne Arbeiter, die Maschine, jene Arbeitsplätze eingenommen hat. Und die eisernen Kolosse haben die Eigenschaft, mehr zu schaffen als die Arbeiter, deren Stelle sie besetzten. Ja sie sind mit einem Gehirn ausgestattet, sie arbeiten selbständig, mechanisch, wie von einem unsichtbaren Geist getrieben.

Verzweifelt denken die Menschen: Ist das der Fortschritt der Kultur, der uns mit Arbeitslosigkeit beglückt? Ist es nicht Wahnsinn, daß die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit gesteigert werden soll, wo die jetzt erzeugten Produkte nicht einmal Absatz finden können? Wo bleiben die Arbeiterorganisationen und namentlich die Gewerkschaften? Können sie diese organisierte Brotlosmachung der Arbeiter und Angestellten nicht verhindern?

Nein, die Gewerkschaften können sich dem nicht entgegenstemmen. Sie können das Rad der Zeit nicht aufhalten.

Der Prozeß der Mechanisierung birgt Furchtbarkeit und Gefahr, aber als eindeutige Folge und Kompensation der natürlichen Erreichung der Volksdichtung trägt er selbst den Charakter eines Naturvorganges. Aus natürlichem Geschehen einen Abscheu vor der Welt, ein Verzweifeln an der Zukunft, einen Glauben an den Verfall der Menschheit herleiten, ist, wie jeder Pessimismus, ein Sichselbstaufgeben, ein Sichselbstverurteilen.

So urteilte Walther Rathenau über das Problem der Rationalisierung. In den letzten 100 Jahren haben wir ganz andere wirtschaftliche Revolutionen über die Bühne der Entwicklung gehen sehen. Die Erfindung der Dampfmaschine erschien anfangs nicht als Segen, sondern als Fluch. Englische Arbeiter stürmten die Fabriksäle, wo die Maschinen aufgestellt waren, zerschlugen diese, weil sie in ihnen den Grund allen Unglücks sahen. Nach der großen Krise 1873/74 durchlebte die deutsche Arbeiterschaft eine der schwersten Perioden. Niedrige Verdienste, Massenarbeitslosigkeit, scharenweise Auswanderung kennzeichneten die nächsten zwei Jahrzehnte. Mitte der 90er Jahre setzte eine Sturm- und Drangperiode ein, die die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts trug. In knapp 20 Jahren wurde Deutschland zu einem der mächtigsten Industriestaaten der Welt. Eine reiche Bourgeoisie entstand, der Imperialismus erblühte und schuf jene weltpolitischen Verwirrungen, die man schließlich mit dem grausamen Mittel der Waffen zu lösen versuchte.

Aber neben dem allen wuchs auch eine Arbeiterbewegung, jene Macht des vierten Standes, die als einzige nach dem Umsturz die Kraft besaß, die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Wo wären wir geblieben, wenn nicht Zuversicht in die eigene Kraft der Leitstern gewesen wäre? Generationen vergingen, aber fest stand der Glaube an uns selbst und an unsere Zukunft.

Dann überstanden wir das Fegefeuer der Inflation und an ihrem Ende jenen gewaltigen Ansturm des Unternehmertums. Geschwächt zwar, aber stolz und frischen Mutes gingen wir in jene Periode der endgültigen Stabilisierung. Mit dieser einher geht jene oben erwähnte Umstellung der Wirtschaft, in der wir heute noch stehen. Und da muß es nur eine Parole geben: durch! Und wir mühten an die Zukunft der Menschheit verzweifeln, wollten wir nicht den festen Glauben haben, daß es uns gelingen wird, die Macht der Arbeiterbewegung nur noch fester in dem Betriebe der kapitalistischen Wirtschaft zu verankern. Ein Staat im Staate wurde sie genannt. Und wenn sie es noch nicht ist, dann soll sie es werden! Fest und unerschütterlich wollen wir den Glauben in uns festigen, daß nur mit uns und nicht gegen uns der Lauf der Dinge zu meistern ist. Die Klugsten lachen, wenn sie unsere Hoffnungslosigkeit sehen. Sie reiben sich die Hände in dem Gedanken, daß die Arbeiterschaft den Glauben an sich selbst verlieren wird. Mammutbetriebe und Organisationen,

## Die Tabakarbeiterin

Von Karl Babane

Karl Babane, geb. 1872, vereinte sein Schaffen in den Gedichtbänden „Herausgerissene Blätter“:  
„Wenn die Sonne untergeht“  
„Vagabundenslieder“  
„Verwehte Wege“  
„Das ewige Lied“ u. a.

Zum Fenster scheint die Lenzensonn' herein.  
— Nicht sterben möcht' ich noch, mein bleicher Gatte.  
Nur bang ist mir,  
und meine Finger drehen, sie drehen fort an diesem braunen Blatte.

Durch blühende Alleen wollen wir noch gehen.  
Weshalb bist du so traurig, du mein bleicher Gatte?  
Dein Anblick schmerzt,  
und meine Finger drehen, sie drehen fort an diesem braunen Blatte.

Zum Fenster schaut die Lenzensonn' herein.  
— Was wirst du ohne mich beginnen, bleicher Gatte?  
Und müde Finger  
drehen, sie drehen unablässig an dem braunen Blatte.

## Wege zur Befundung der Heimarbeit

Von Gertrud Hanna

In „Frau Meisterin“, einer Beilage der „Deutschen Werkmeister-Zeitung“, fanden wir den nachstehenden Artikel unserer Genossin Gertrud Hanna. Wenn das Heimarbeiterlohngesetz für die Heimarbeiter in der Tabakindustrie augenblicklich auch keine besondere Bedeutung hat, weil ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind, so haben wir es doch für richtig gehalten, die Ausführungen von Gertrud Hanna zum Abdruck zu bringen. Sie zeigen, mit welchem Erfolg die Gewerkschaften bisher für die Heimarbeiter gewirkt haben, und bieten so ein vorzügliches Material für die Internationale gewerkschaftliche Werbewoche. Daß daneben den Heimarbeitern in der Tabakindustrie auch gesagt werden muß, was der Deutsche Tabakarbeiter-Verein für sie geleistet hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Näheres darüber ist in der vom Deutschen Tabakarbeiter-Verein herausgegebenen kurzgefaßten Darstellung über die Heimarbeit in der deutschen Tabakindustrie für die Heimarbeitsausstellung in Berlin (28. April bis 15. Mai 1925) zu lesen.

Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts galt Heimarbeit allgemein als die idealste Form der Erwerbsarbeit, insbesondere für die Frauen. Eine andere Auffassung brach sich erst Bahn, als nach dieser Zeit Schriften veröffentlicht wurden, die das Leben der Angehörigen dieser Berufsgruppe beleuchteten

die die halbe Welt umspannen, errichtet der Kapitalismus. Letzten Endes erfolgt diese Stärkung der eigenen Kraft, um das letzte Mittel nicht unversucht zu lassen, sich vor der gigantischen Macht der Arbeiterbewegung zu retten. Und da stehen Arbeiterinnen und Arbeiter klagend am Wege und lassen den Wagen der Weltgeschichte händeringend an sich vorüberfahren, wo die Zahl der Unterdrückten allein schon Hoffnung genug sein könnte! Ein Erwachen dieser Millionen — und der Wagen steht. Nicht einen Meter geht er von der Stelle, wenn Wollen, Zuversicht und der Glaube an sich selbst diesen lebendigen Körper der Arbeiterklasse durchzieht. Rufen wir uns zum Schluß die goldenen Worte ins Gedächtnis, die Lassalle den Arbeitern vor 60 Jahren zurief:

Wiederholen Sie täglich, unermüdet dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe. Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht. Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren!

Deshalb: Kopf hoch und den Blick nach vorwärts!

## Getreidezölle und Handelsbilanz

Die Handelsbilanz für den Monat Juli zeigt eine große Passivität. Die Einfuhr übertraf die Ausfuhr erheblich. Schuld hieran trägt in erster Linie die gewaltige Zunahme der Einfuhr von Getreide und sonstigen Lebensmitteln. Und dies hängt wiederum mit der am 1. August eingetretenen Zollerhöhung zusammen. In dem Augenblick, wo dies alles bekannt wird, wird im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages über Anträge der Deutschnationalen verhandelt, die Wertbestimmung der Einfuhrscheine mit den jetzt geltenden Zollsätzen in Uebereinstimmung zu bringen. Die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt zeigt infolge der durch die neuen Zollsätze hervorgerufenen Unruhe auf dem Markt eine steigende Tendenz, trotz der neuen, keineswegs als schlecht zu bezeichnenden Ernte. Auf dem Weltmarkt ist das Gegenteil wahrzunehmen. Hier ist seit Monaten eine sinkende Bewegung, namentlich für Getreide, festzustellen. Dies soll unten noch näher erläutert werden.

An sich zeigt die Handelsbilanz für den Monat Juli kein schlechtes Gesicht. Sie wäre durchaus aktiv gewesen, wenn nicht die Einfuhr von Getreide in so erheblichem Maße erfolgt wäre. Der reine Warenverkehr gestaltete sich im Monat Juli im Vergleich zu den vorhergehenden Monaten folgendermaßen:

	Reiner Warenverkehr		+ Aktivität - Passivität
	Einfuhr in Millionen Mark	Ausfuhr	
April	728,0	779,3	+ 56
Mai	702,7	729,5	+ 27
Juni	791,9	758,6	- 33
Juli	949,0	823,1	- 126

Die Passivität beträgt also 126 Millionen Mark. Dies ist ein starker Sprung, zumal wenn man bedenkt, daß im März eine Aktivität der Handelsbilanz von 278 Millionen Mark verzeichnet werden konnte. An der Steigerung der Einfuhr waren Lebensmittel und Getränke mit 124,4 Millionen Mark ober-

mit 83 Prozent beteiligt. Der Getreidehandel nahm umfangreiche Voreindeckungen vor, nicht etwa, weil in Deutschland besonderer Mangel an Lebensmitteln vorhanden gewesen wäre, nicht etwa, um dieses Getreide in deutschen Mühlen weiter zu verarbeiten und es dann in Form von Mehl usw. wieder auszuführen, sondern einzig und allein, um es als Getreide nach Erhöhung der Zollsätze unter Ausnutzung des glorreichen Systems der Einfuhrscheine wieder auszuführen. Die Getreideeinfuhr hat sich folgendermaßen entwickelt:

	Monatsdurchschnitt Mai 1926 Juni 1926 Juli 1926			
	1. Halbjahr 1926		in 1000 Doppelzentner	
Weizen	1390	2306	1891	3097
Roggen	74	102	182	393
Gerste	999	1056	936	1600
Hafer	238	489	512	597

Die Einfuhr der Roh- und Halbfabrikate stieg gegenüber dem Vormonat um 25 Millionen Mark, was immerhin als erfreulich zu bezeichnen ist, denn diese kommen in Deutschland zur Verarbeitung. Die Einfuhr von Fertigwaren blieb ziemlich gleich (104 Millionen Mark), während die Ausfuhr von Fertigwaren eine Zunahme von 31,0 Millionen Mark zeigt. Die Handelsbilanz im ganzen betrachtet ist also durchaus gut, nur wurde sie durch die oben bekanntgegebenen Einfuhrmengen von Getreide ungünstig beeinflusst. An der Mehrausfuhr von Fertigwaren sind folgende Industrieprodukte beteiligt: Textilwaren, Papierwaren, Farben usw. In der Steigerung der Ausfuhr fällt der verstärkte Kohlen- und Rohsektor ins Gewicht. Alles in allem eine gesunde Handelsbilanz, wenn der bittere Beigeschmack nicht dabei zu fühlen wäre, daß die Zollpolitik eine ungesunde Massenbewegung von Getreide gebracht hätte.

Hand in Hand hiermit geht eine Aktion der Deutschnationalen, die Wertbestimmung der Getreide-Einfuhrscheine zu ändern. Am 31. August finden hierüber weitere Verhandlungen im handelspolitischen Ausschuss statt. Um das System der Einfuhrscheine noch einmal kurz zu kennzeichnen, sei gesagt, daß jeder Getreideexporteur in der Höhe des Zollsatzes einen Einfuhrschein erhält, der für ihn bar Geld bedeutet. Somit wird die Getreideausfuhr auf Kosten der Allgemeinheit finanziert und der Getreidepreis in Deutschland dauernd in den Zollsatz verteuert. Weil man bereits vorausah, daß die Zollerhöhungen auf diesem Gebiete zu Manipulationen benutzt werden könnten, hat man auf Drängen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eine Bestimmung getroffen, daß während einer Uebergangszeit die Wertbestimmung der Einfuhrscheine nach den ermäßigten Sätzen des § 6 der Novelle vom Jahre 1925 festzusetzen ist. Getreide, welches nach dem 1. August 1926 eingeführt ist, kann auch bereits jetzt zu den erhöhten Sätzen ausgeführt werden. Die Zollräuber kämpfen nun dafür, daß jene Uebergangsbestimmung der ermäßigten Einfuhrscheine fallen soll. Der Zweck ist offensichtlich. Man will die gewaltigen Massen von Getreide, die im Juli zur Einfuhr gelangten, auf Kosten des Reiches wieder ausführen. Nehmen wir an, die Getreideexporteure wollten die 9 Millionen Doppelzentner Getreide, die im Juli eingeführt wurden, wieder ausführen, so müßte das Reich hierfür einen Zuschuß von 15 Millionen Mark leisten.

und die Auskunft gaben über die Gesundheitsgefahren, die die Anfertigung von Gebrauchsgegenständen in engen Wohnungen auch für das konsumierende Publikum im Besolge hatten, ferner über die in der Heimarbeit üblichen Arbeitsbedingungen, und über die mit Heimarbeit fast ausnahmslos in Verbindung stehende Kinderarbeit mit all ihren schädlichen Folgen. Da verschwand das schöne Bild der im eigenen Heim arbeitenden Frau, die neben ihrer Arbeit noch die Kinder und die Hauswirtschaft beaufsichtigen und versorgen kann. Es machte der Erkenntnis Platz, daß Heimarbeit vielfach die Quelle größter Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft und der Herd furchtbaren Kinderelends und gesundheitlicher Schäden ist.

Alle Bemühungen der Vertreter der Arbeiterorganisationen, die Gesetzgebung zum Eingreifen zu veranlassen, hatten aber keinen Erfolg. Noch am 28. November 1911, vor der Abstimmung von Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion des damaligen Reichstages zum vorliegenden Handarbeitsgesetz, sagte der Staatssekretär Dr. Delbrück u. a., die Regierung müsse einem Befehle die Zustimmung versagen, „das in irgendeiner Form eine obligatorische Festsetzung der Löhne unter Mitwirkung von Behörden bringen würde“, weil es „der ganzen staatsrechtlichen Organisation der Bundesstaaten, unserer Behördenorganisation nicht entspricht, wenn sie in dieser Weise in den Arbeitsvertrag eingreifen und einseitig eingreifen in die wirtschaftlichen Verhältnisse, in die wirtschaftlichen Be-

ziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Die sozialdemokratische Fraktion hatte nämlich beantragt, im Hausarbeitsgesetz festzulegen, daß die Preise, die den Heimarbeitern oder Heimarbeiterinnen gezahlt werden, so hoch sein müssen, daß sie einer vollwertigen Arbeitskraft bestimmte Mindeststundenverdienste ermöglichen. Außer den sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten für diesen Antrag nur drei bürgerliche Abgeordnete.

Infolgedessen blieb das Hausarbeitsgesetz, das am 1. April 1912 in Kraft trat, ohne Wirkung auf die Arbeitseinkommen durch Heimarbeit. Das war für diejenigen eine große Enttäuschung, die auf Hilfe durch die Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeit so große Hoffnungen gesetzt hatten. Diese Hoffnung stützte sich auf folgende Vorkommnisse:

Im Jahre 1904 hatten die freien Gewerkschaften im Anschluß an den ersten Heimarbeiterschutzhkongress eine Ausstellung von Heimarbeiterzeugnissen veranstaltet, denen an kleinen Zetteln die Arbeitslöhne, umgerechnet auf Stundenverdienst, angeheftet waren. Der Gedanke, eine solche Ausstellung zu veranstalten, war den Gewerkschaften erst wenige Wochen vor dem Kongress gekommen. Die Ausstellung war deshalb nicht sorgfältig genug vorbereitet. Trotzdem machte sie auf die Besucher einen solchen Eindruck, daß zwei Jahre später, im Jahre 1906, eine gut vorbereitete Ausstellung ähnlicher Art wiederholt wurde. Um eine starke Beteiligung, insbesondere

Man muß sagen, das wäre der größte Skandal des Jahrhunderts, wenn die Deutschnationalen mit ihren Antrag durchbringen sollten.

Und die Preisentwicklung für Lebensmittel ist doch schon bedrohlich genug. Wenn wir die Notierungen der Berliner Börse zugrunde legen, dann können wir hierfür folgende Zahlen notieren (es dreht sich um Produkte der neuen Ernte):

Pro To. in Reichsmark	Weizen	Roggen	Futtergerste	Mais
	märkischer		inländische	loko Berlin
19. Juli	—	185—190	149—159	174—178
7. August	264—267	184—189	159—168	176—182
14. August	266—270	192—198	158—167	176—182

Für Roggen und Weizen ist die Preisentwicklung gerade in der letzten hier angezogenen Woche nach oben gegangen. Nimmt man aber demgegenüber die Entwicklung auf dem Weltmarkt, so kommt man zu wesentlich anderen Resultaten, wie nachfolgende Angaben beweisen:

**Weizennotierungen per Bushel in Cents**

	Newyork	Chicago
19. Juli 1926	160%	146%
2. August 1926	150%	139%
13. August 1926	144	135%

Die deutsche Bevölkerung kann diese billige Versorgung von Lebensmitteln nicht für sich in Anspruch nehmen, weil die hohen Schutzzölle dies verhindern. Aber bezeichnend ist dieser Gegensatz der Preisentwicklung auf dem Inlandsmarkt und auf den Weltmärkten. Durch nichts wird das Unsinnige einer solchen Wirtschaftspolitik besser illustriert als durch obige Gegenüberstellung.

Der Großhandelsindex, der Anfang August einen Rückgang zu verzeichnen hatte, ist nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts wiederum gestiegen. Er betrug am 18. August 126,7 gegen 125,9 am 11. August.

Die nächsten Wochen werden keine Abschwächung dieser für eine Krisenperiode geradezu widersinnigen Entwicklung bringen. Und da kommen wir wiederum zu der Frage: Wo bleiben die Lohn- und Gehaltserhöhungen? Es kann doch wohl von der großen Masse nicht verlangt werden, daß sie eine Verminderung des Reallohnes dauernd schweigend hinnimmt. Auch das muß den Unorganisierten in der Internationalen gewerkschaftlichen Werbewoche gesagt werden. Die oben skizzierte Preisentwicklung gibt den Forderungen nach höheren Löhnen eine starke Berechtigung. Aber Forderungen aufstellen und diese verwirklichen, sind bekanntlich zwei verschiedene Dinge. Das letztere ist nur möglich, wenn die gewerkschaftliche Betätigung eine ähnliche Aktivität zeigt wie die Tätigkeit der Zollinteressenten.

**Arbeiterbewegung**

**Paul Hensel 25 Jahre Vorsitzender des Zentralverbandes der Fleischer**

Am 18. August waren 25 Jahre seit dem Tage verfloßen, an dem Paul Hensel das Amt des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands übernahm. Wer die Tätigkeit Hensels voll würdigen will, muß die

eine Beteiligung der Gewerkschaften aller Richtungen, zu sichern, hatte die „Gesellschaft für soziale Reform“ die Leitung in die Hand genommen.

Diese Ausstellung hat die Öffentlichkeit stark interessiert, wenn auch nur für kurze Zeit, und in der Hauptsache wohl auch nur deshalb, weil eines Tages die deutsche Kaiserin die Ausstellung besucht hatte.

Der Besuch einer Veranstaltung von Arbeiterorganisationen durch ein hervorragendes Mitglied des kaiserlichen Hauses war natürlich eine Sensation, und sie gab Veranlassung, daß weite Kreise der Berliner Bevölkerung, die sich sonst um die Ausstellung nicht gekümmert hätten, sie besuchten und sich ent-rüsteten über das Elend, das ihnen dort gezeigt wurde. Auch für die Kaiserin und ihre Begleitung war der Besuch der Ausstellung ein Ereignis. Weite Kreise erhofften von diesem Besuch eine Einwirkung auf die Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeit, und dies um so mehr, weil unter dem Eindruck des Erlebten auf Veranlassung der Kaiserin der Kaiser den Kronrat einberufen hatte, vor dem als einziger Gegenstand die Frage einer Heimarbeitsreform durch die Gesetzgebung ver-handelt wurde.

Trotzdem griff die Gesetzgebung nicht ein, denn der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, der endlich im Jahre 1911 im Reichstage zur Beratung kam, war kein Eingreifen zugunsten

Schwierigkeiten kennen, mit denen die Organisation der Fleischer von jeher zu kämpfen hatte. Innungskrauter, gelbe Ge-sellenvereine und gewerksmäßige Stellenverwalter haben ihr möglichstes getan, um Paul Hensel und dem Zentralverband der Fleischer das Leben schwer zu machen. Trotzdem ging es rüstig vorwärts, und wenn die Organisation der Fleischer sich im Laufe der Zeit einen achtunggebietenden Platz in der deut-schen Arbeiterbewegung erworben hat, so kann sich das nicht zum mindesten Paul Hensel mit als Verdienst anrechnen. Des-halb sprechen wir noch nachträglich Paul Hensel zu seinem Ehrentag die besten Glückwünsche aus und verbinden damit die Hoffnung, daß er der Arbeiterbewegung und den frei-gewerkschaftlich organisierten Fleischern noch recht lange in geistiger und körperlicher Frische erhalten bleiben möge.

**Genossenschaftliches**

**Ersparis Millionen im Zentralverbande deutscher Konsumvereine**

Vierundzwanzig Millionen Mark haben im Jahre 1925 die-jenigen Mitglieder der Konsumvereine genossenschaftlich bar erspart, die in den Genossenschaften ihren Bedarf deckten. 24 Millionen Mark sind bei einem Umsatze von rund 700 Mil-lionen Mark erübrigt worden. Die Erübrigung hätte größer sein können, wenn die kaufenden Mitglieder alles im Konsum-verein Erhältliche dorthier bezogen hätten. Der Umsatz und damit die genossenschaftliche Ersparnis wären um sehr viel höher gewesen, wenn alle eingetragenen Mitglieder aus der Genossen-schaft entnommen hätten, was dort für den Verbrauch zu haben ist. 24 Millionen Mark sind buchnäßig nachweislich in unseren Konsumvereinen im letzten Jahr erspart worden, 24 Millionen Mark sind zum Besten der Konsumgenossenschaften und zum Vorteil ihrer Mitglieder in deren eigenen Händen geblieben. Der Löwenanteil dieses Millionenbetrags fällt in die Hände der-jenigen Mitgliederfamilien als glatte Ersparnis zurück, die sich mit ihrem genossenschaftlichen Einkauf Sparrabatt und Rück-vergütung erübrigt haben. Mehr als 10 Millionen Mark von den 24 Millionen Mark entfallen auf Rabattguthaben und Rückvergütung. Mehr als 10 Millionen Mark konnten jene klugen Verbraucher im Jahre 1925 für sich selbst behalten, an-statt auch diese Millionen den Privathändlern als Gewinn zu-zutragen. Auch die über 10 Millionen Mark noch verbleibenden 4 bis 5 Millionen Mark Erübrigung des vergangenen Jahres dienen nur dem genossenschaftlichen Vorteil der Mitglieder. Was den notwendigen Reservefonds, den Hausbau-, Produk-tions- und sonstigen Fonds der Genossenschaft zugewiesen wird, ist Anlage und Stoff zur Erlangung weiterer Vorteilhaftig-keiten der Genossen innerhalb der genossenschaftlichen Organi-sation. 24 Millionen Mark stehen als genossenschaftliche Er-sparnis des letzten Jahres in den Büchern unserer Konsum-vereine. Weit mehr als 24 Millionen Mark haben aber die am Jahresumsatze beteiligten Genossenschafter insgesamt erübrigt, wenn man bedenkt, daß die Konsumvereine im allgemeinen in der Preisgestaltung den Verbrauchern günstiger gewesen sind als der private Handel es sein konnte. Es muß an der regie-

der Arbeitnehmer in der Heimarbeit. Trotz des öffentlichen Protestes weiter Kreise, nicht nur der Gewerkschaften, gegen den Gesetzesentwurf, wurden ihm doch keine Bestimmungen ein-gefügt, die eine Einwirkung auf die Lohnhöhe ermöglicht hät-ten. Daß dies nicht beabsichtigt war, ja, daß die Regierung und mit drei Ausnahmen auch die sämtlichen Abgeordneten der bür-gerlichen Parteien im damaligen Reichstage eine solche Ein-wirkung ablehnten, beweist die Abstimmung und der Ausspruch des Staatssekretärs Dr. Delbrück, von denen weiter oben die Rede ist.

Soweit inzwischen die Arbeitsbedingungen auch in der Heimarbeit günstigeren Verhältnissen Platz gemacht haben, als sie 1904 und 1906 gezeigt werden konnten, ist es durch die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, also durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter der verschiedenen Berufe, geschehen. Da aber ein sehr großer Teil der mit Heim-arbeit beschäftigten Personen, insbesondere zahllose Frauen, solche Arbeit nur als Füllarbeit leisten „zum Singuverdienen“ und deshalb glauben, gewerkschaftliche Organisation kommt für sie nicht in Frage, so sind dem gewerkschaftlichen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen der Heimarbeit erhebliche Schran-ken gesetzt.

Auf die gesetzliche Mithilfe kann deshalb für die Regelung der Arbeitsbedingungen der Heimarbeit auch heute noch nicht verzichtet werden, denn daß eine Regelung der Arbeitsbedin-

rungsseitigen Mitteilung festgehalten werden, daß die Konsumvereine nach den angestellten Erhebungen im Durchschnitt um 6 Prozent billiger gewesen sind als der Einzelhandel.

Die Konsumgenossenschaften sind bestimmt schon heute gegenreife Einrichtungen und beste wirtschaftliche Stützen aller derer, die mit ihrem Einkommen und ihren Ausgaben fürsorglich umgehen müssen und nichts dafür übrig haben sollten, anderen Profite zu verschaffen, die sie sich selbst als genossenschaftliche Ersparnisse erhalten können.

## Rundschau

### Die Tätigkeit der Streikversicherungskassen

Neben den offiziellen Streikversicherungskassen der Großindustrie besteht in Dresden der Deutsche Industrieschutzverband, der hauptsächlich die Streikversicherung für die kleine und mittlere Industrie besorgt. Nach dem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht dieses Verbandes betrug die Zahl der von ihm unterstützten Streiks im Jahre 1924 10 212 und im Vorjahre 12 330. Die geleistete Schadenssumme betrug für 1924 800 000 M und 1925 1 537 000 M. Interessant sind die Angaben, die über die Dauer der Streiks gemacht werden. Die Streikdauer betrug danach in den Jahren 1906 bis 1914 durchschnittlich 36 Tage und sank 1918 auf durchschnittlich 4 Tage. In den letzten Jahren 1918 bis 1923 stieg die Zahl der Streiktage auf 13, und im Jahre 1925 hatten die Streiks eine Dauer von 38 Tagen. Der Industrieschutzverband sieht die Verlängerung der Streiks als eine Konsolidierung an, da die Nervosität, wie sie sich in den häufigen und kurzen Streiks zeige, verschwunden sei, und der Ausgleich der Differenzen zwischen Lohnarbeit und Kapital wieder durch Verhandlungen zu erreichen versucht wird.

Wir müssen hingegen unser Bedauern darüber ausdrücken, daß es notwendig ist, solche verhältnismäßig langen Streiks zu führen. Denn es handelt sich bei den Forderungen, die die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Bescheidenheit nach der Stabilisierung aufzustellen pflegte, meistens um das Allernotwendigste, was ein Kulturmensch zum Leben haben muß. Und dieses Erfordernis mußte im Vorjahre im Durchschnitt 38 Tage lang durch Arbeitsniederlegung erkämpft werden. Vielfach war auch eine so lange Streikdauer nicht von Erfolgen, sondern von Mißerfolgen gekrönt. Es ist aber eine zu günstige Annahme, wenn wir voraussetzen, daß die Arbeiterschaft der Angreifende war und das Ziel des Kampfes auf eine Verbesserung der Lebenslage gerichtet gewesen sei. In vielen Fällen handelte es sich um eine glatte Notwehr, um Verschlechterungen entweder in der Lohnfrage oder in der Arbeitszeit abzuwehren. Zu denken geben aber die Zahlen der Streikentschädigungen. Daß diese gewährt werden konnten, ist ein Beweis dafür, daß die Unternehmer durch starke Streikkassen vorgesorgt haben. Es ist nur ein Akt der Notwehr, wenn der wirtschaftlich schwächere Teil, die Arbeiter und Angestellten, das gleiche durch Stärkung ihrer Gewerkschaften zu erreichen versuchen.

### Förderung des Arbeiterschutzes durch Schaubilder

In dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ beginnen wir mit der Veröffentlichung einer Reihe von Schaubildern, die der

gungen dieser Berufsarbeit auch heute noch dringend notwendig ist, hat ja die Heimarbeit ausstellung vom vorigen Jahre bewiesen. Auch heute noch sind nachweisbar zahlreiche Familien auf Unterstützung durch die Wohlfahrtspflege angewiesen, weil sie trotz fleißiger Arbeit als Heimarbeiter das Existenzminimum nicht verdienen können.

Während nun im Jahre 1911 die Notwendigkeit gesetzlicher Hilfe nur von Sozialdemokraten und drei bürgerlichen Vertretern anerkannt wurde, hat bei der Abstimmung über das Heimarbeiterlohngesetz im Juni 1923, das die alte sozialdemokratische Forderung enthielt, kein Abgeordneter mehr gewagt, dagegen zu stimmen. Das Heimarbeiterlohngesetz, das am 1. Juli 1923 in Kraft getreten ist, ist deshalb einstimmig angenommen worden. Es sieht die Möglichkeit vor, Fachauschüsse für Hausarbeit zu schaffen, die das Recht haben, Mindestlöhne festzusetzen oder Lohnabkommen von Organisationen für verbindlich zu erklären und ihre Gültigkeit über größere Bezirke auszudehnen. Wir sind also in der Republik in bezug auf den Schutz der Arbeitskräfte in der Heimarbeit ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Wer aber nun glaubt, daß jetzt die guten Arbeitsbedingungen für die Frauen, die in so großer Zahl Heimarbeit leisten, so ganz von selber wirksam werden, der ist denn doch im Irrtum. Die Fachauschüsse mit ihren verhältnismäßig weitreichenden

Förderung des Arbeiterschutzes in der Tabakindustrie dienen sollen. Wenn die Zahl der Unfälle in unserer Industrie gegenüber anderen Industriezweigen auch verhältnismäßig niedrig ist, so ist sie doch immer noch hoch genug, um alle Maßnahmen zu rechtfertigen, die die Unfallgefahren auf ein Mindestmaß herabdrücken. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter sind zu kostbar, um auch nur eine Gelegenheit ungenutzt zu lassen, die geeignet ist, der überall lauernenden Unfallgefahr vorzubeugen. Zunächst muß das durch ausreichende, vom Unternehmer zu stellende Schutzvorrichtungen geschehen. Daneben dürfen aber auch die einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter es nicht an der nötigen Achtsamkeit fehlen lassen, wenn sie Arbeiten verrichten, die mit Unfallgefahren verbunden sind. Dazu gehört in erster Linie, daß sie niemals ohne die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen arbeiten und im übrigen Augen und Ohren offen halten. Die Schaubilder im „Tabak-Arbeiter“ sollen dazu dienen, der Kollegenschaft Unfallmöglichkeiten zu zeigen und damit Unfälle zu verhindern.



### Briefkasten

Um die Arbeitskraft der Redaktion und den Raum des „Tabak-Arbeiter“ nach Möglichkeit in den Dienst der gewerkschaftlichen Werbeweche stellen zu können, kann mit der Veröffentlichung der in Aussicht gestellten Artikel aus der Geschichte des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes erst nach der Werbeweche begonnen werden.

den Befugnissen sind nur gesetzliche Hilfsmittel für die gewerkschaftlichen Bestrebungen. Mittel, um ohne jede gewerkschaftliche Organisation die Arbeitsbedingungen der Heimarbeit zu regeln, sind sie nicht und können es auch nicht sein. Die Fachauschüsse können nach § 20 des jetzt geltenden Hausarbeitsgesetzes erst eingreifen, „falls in ihrem Bezirke den Hausarbeitern offenbar unzulängliche Entgelte gezahlt werden und eine Verständigung zur Herbeiführung zulänglicher Entgelte nicht erzielt worden ist“.

Trotzdem bedeutet diese Bestimmung einen großen Fortschritt. Um sie Gesetz werden zu lassen, hat die organisierte Arbeiterschaft länger als 20 Jahre kämpfen müssen.

Aber auch das jetzt geltende, verbesserte Hausarbeitsgesetz zeigt deutlich, daß erste Vorbedingung für gesunde Arbeitsbedingungen in der Heimarbeit gewerkschaftliche Organisation ist. Das sei vor allen Dingen den zahllosen verheirateten Frauen gesagt, die Heimarbeit zum Hinzuerdienen ausüben. Auch für die Heimarbeit gilt, was allgemein im Wirtschaftsleben Geltung hat, nämlich: der Ertrag der Arbeit hängt ab von dem Einfluß, den sich die Arbeitnehmer durch Zusammenschluß gegenüber den Arbeitgebern schaffen können. Mögen auch die Frauen daraus eine Lehre ziehen.

